



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920

296 (8.7.1920) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-192191](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-192191)

Mannheimer General-Anzeiger

Bezugspreise: In Mannheim u. Umgebung monatl. einl. 1.50 für den Rest des Monats 1.20. ...

Badische Neuhe Nachrichten

Einzelgenosse: Bei Jahresbeginn ...

Ausschub für die Herabsetzung der Truppenstärke.

Zugeständnisse.

Die dritte Sitzung in Spa.

Spa, 7. Juli. (WB.) Reichstanzler Fehrenbach ...

Spa, 7. Juli. (WB.) Die dritte Sitzung der Konferenz ...

Reichsminister Dr. Simons ...

Darauf legte General von Seede ...

Lloyd George kritisierte die deutschen Vorschläge ...

Nach einem Schlusswort des Ministers Simons ...

Nach der Sitzung traten sofort die militärischen Sachverständigen ...

Mit Spannung ist die dritte Sitzung erwartet worden. Sie hat weder Zusammenstoße noch auch eine endgültige Einigung in der Heeresfrage gebracht.

wagen wir heute noch nicht zu sagen. Gestern ist die Frage der Ablieferung des Heeresmaterials ...

Noch nicht hoffnungslos.

Berlin, 8. Juli. (Von uns. Berl. Büro.) In Spa wird mit den Deutschen — und das ist erfreulich ...

Berlin, 8. Juli. (Priv.-Tel.) Wie der „Vorwärts“ meint, habe der Verlauf der gestrigen Tagung der Konferenz in Spa die Ansichten der Optimisten gerechtfertigt ...

Das „Berliner Tageblatt“ sagt, die Diskussion über die Entschädigungsfrage werde vermutlich am Freitag beginnen.

Im Auftrage des polnischen Ministeriums des Aeußern hat laut „Voss. Ztg.“ auch der Vorsitzende des polnisch-österreichischen Abstimmungskommissariats, Korsant, sich nach Spa begeben.

Die Sicherheitspolizei dringend notwendig.

Berlin, 8. Juli. (Von uns. Berl. Büro.) Der preussische Minister des Innern Severing, der gestern gleichfalls nach Spa abgereist ist, erklärte einem Mitarbeiter des „Berliner Tageblattes“, er würde sich bemühen, frei und offen der Entente nachzuweisen, daß die Sicherheitspolizei in der jetzigen Stärke Deutschland dringend notwendig hat.

sich auch noch Geschütze, besonders aber ziemlich viel Handgranaten und auch noch einige Maschinengewehre.

Berlin, 7. Juli. (WB.) Von einer Berliner Zeitung war in der Ausgabe von Mittwoch abend mitgeteilt worden, es sei in den Kreisen der fremden Diplomatie aufgefallen, daß zwar mehrere Vertreter der Reichswehr nach Spa entsandt werden, daß aber kein Vertreter der Sicherheitspolizei bei der Beratung anwesend sein solle.

Die Frage der Kriegsbeschuldigten.

Köln, 7. Juli. (Priv.-Tel.) Wie der Sonderberichterstatter der „Kölnischen Zeitung“ aus Spa drahtet, wird im Verlaufe der heutigen Sitzung die Frage der Kriegsbeschuldigten besprochen werden, worüber der belgische Minister des Aeußeren Bericht erstatten wird.

Spa, 7. Juli. (WB.) Reichsjustizminister Dr. Heinze traf mit dem Reichsanwalt Richter hier ein, um über das Reichsgerichtsverfahren gegen die sog. Kriegsvorbereiter vor der Konferenz Auskunft zu geben.

Zur Teilnahme an den Beratungen über die Kohlenfrage, die voraussichtlich alsbald beginnen werden, sind von der deutschen Regierung als Sachverständige folgende Herren dringlich nach Spa gebeten worden: Hugo Stinnes, Geheimrat Hilger, Geheimrat Arnhold, Lüben, Hue und Reichstohlenkommissar und Generaldirektor Koeniger.

General Berend, der Vorsitzende der interalliierten Kommission in Oberschlesien, traf gestern abend 6 Uhr im Automobil hier ein. Der General wurde noch gestern abend von Millerand empfangen.

Gestern fand eine Besprechung der finanziellen Sachverständigen statt, die sich mit der italienischen Note befaßten. Die Chefs der alliierten Regierungen hatten heute früh eine längere Besprechung über die türkische Frage. Der französische Finanzminister Marol ist heute früh aus Paris wieder hierher zurückgekehrt.

Millerand über die deutschen Vertreter.

Köln, 7. Juli. (Priv.-Tel.) Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Paris: Dem Vertreter des „Antragsgenau“ sagte Ministerpräsident Millerand gestern Vormittag, Reichswehrminister Geßler, der guten Glaubens sei, habe einen ziemlich guten Eindruck gemacht. Minister Dr. Simons schein der Sclausette zu sein. Fehrenbach sei ein guter Schwurgerichts-Advokat. Millerand glaubt, daß nur die Dinge einen ziemlich raschen Verlauf nehmen würden und daß man in Spa nur die Grundlinien der Schlußkonferenz in die Wege setzen werde.

Französische Stimmen und Forderungen.

Paris, 7. Juli. (WB.) Gustave Herve schreibt heute: „Es ist vollkommen möglich, wie es ein Teil unserer Presse tut, die öffentliche Meinung gegen Deutschland aufzubringen und die alliierten Regierungen dahin treiben zu wollen. Sie hätte vielmehr dem Publikum in allen Ländern die Schwierigkeiten zeigen müssen, denen die alliierten Regierungen gegenüberstehen, um die wirtschaftlichen und finanziellen Klauseln des Friedensvertrages von Deutschland ausführen zu lassen, auch die Schwierigkeiten, die die deutsche Regierung hat, sie auszuführen, selbst wenn sie den besten Willen der Welt aufbringen würde.“

Paris, 7. Juli. Berlin drahtet dem Echo de Paris aus Spa: Es ist selbstverständlich, daß heute der deutsche Plan zurückgewiesen wird, ohne daß die Alliierten sich lange bemühen, die deutsche Beweisführung abzulehnen, die der Reihe nach die wirtschaftliche und politische Lage (die übrigens bei der gestrigen Sitzung erörtert wurde) behandelt und heute mit einer Menge statistischen Materials ihren Standpunkt belegen soll.

Amz. Paris, 7. Juli. Im Laufe der Aussprache der heutigen Kammerführung wandte sich der Abg. Loucheur unter Befall des Hauses gegen die Behauptung der englischen Delegierten auf der Konferenz von Spa, daß Frankreich die Schäden in den betroffenen Gebieten überzähle. Loucheur erklärte, daß nach der Karte das vertriebene Gebiet einem Reichtum von Frankreich entspräche und daß sich der Sachschaden an 30 Milliarden bei einem gesamten Nationalvermögen von 300

Wirklichkeit besser. (Diese Erklärung rief Anstößlichkeiten hervor.)

Brüssel, 7. Juli. (WB.) Die „Nation Belge“ sagt, daß man es in offiziellen politischen Kreisen für unmöglich halte, für heute einen Entwaffnungsplan zu formulieren und daß infolgedessen eine Krise zu erwarten sei.

Spa, 7. Juli. (WB.) Eine maßgebende französische Persönlichkeit erklärte einem Vertreter der Agentur Havas, es habe den Anschein, als ob auf der Konferenz in Spa nur die großen Richtlinien zur Lösung der Probleme ausgehandelt würden.

Paris, 7. Juli. (WB.) Wie der Sonderberichterstatter des „Matin“ aus Spa meldet, hat der Chef der englischen Militärmission in Berlin, General Macdonald, gestern abend in Spa mit den Mitgliedern der deutschen Delegation verhandelt.

m. Köln, 8. Juli. (Br.-Tel.) Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Paris: Nach einer Privatmeldung des „Temps“ aus Spa glaubt man, daß heute, Donnerstag, die Entwaffnungsfrage und die Kohlenfrage erledigt sein könne.

Der Zusammenbruch der polnischen Front.

Nach durchaus zuverlässigen neuen Nachrichten ist Polen unter dem Druck der Niederlagen, die es an der russischen Front erlitten hat, militärisch vollkommen zusammengebrochen.

Es ist bestimmt anzunehmen, daß die in Spa versammelten Staatsmänner der Entente von dem Ernst der Lage in Polen vollkommen unterrichtet sind.

Spa, 7. Juli. (W. B.) Wie „Le Soir“ meldet, bekräftigten sich Marshall Foch und Marshall Wilson lebhaft mit den kürzlich militärischen Ereignissen an der polnischen Front.

Warschau, 7. Juli. (W. B.) In dem polnischen Generalkommando vom 8. Juli heißt es: Auf dem nördlichen Frontabschnitt entwickeln sich die bolschewistischen Angriffe weiter fort.

unsere Front zwischen Drywiata und Ulkeisee durchgebrochen war, operiert in der Gegend von Szarotowszczyzna.

Unsere Infanterieabteilungen haben nach erbitterten Kämpfen die Linie Lischka-Bissafce-Borscha-Minjutafsch erreicht und gehen beschleunigt in südlicher Richtung vor.

Berlin, 7. Juli. (W. B.) Wie der Berl. Lokalanz. aus Königsberg meldet, ist in Weichsel-land gegen die Polen ein Aufstand ausgebrochen, der die rückwärtigen Verbindungen der polnischen Armee bedroht.

Berlin, 7. Juli. (Priv.-Tel.) Die kommunistischen Abgeordneten Frau Jettin und Dr. Levi haben im Reichstag eine kleine Anfrage eingebracht, in der sie auf die Preisnachricht hinweisen, daß die Entente-mächte angesichts des militärischen Zusammenbruchs Polens an Deutschland das Ersuchen stellen werden, Truppen durch Deutschland zur Unterstützung Polens zu führen.

Die Abstimmung in Ost- und Westpreußen.

Berlin, 7. Juli. (Wolff.) Der deutsche Schupbund teilt mit: Zahlreiche Stimmberechtigte Ost- und Westpreußens im Reichstagen sind trotz dringlicher Mahnung noch immer nicht in den Besitz der Abstimmungsunterlagen gelangt.

Der deutsche Schupbund teilt ferner mit, daß der deutsche Schiffsraum und die Zahl der von Polen für den Verkehr durch den polnischen Korridor zugelassenen Sonderzüge nicht ausreichen, um alle Stimmberechtigten nach Ost- und Westpreußen zu befördern.

Kupfer der Anknappung der verfügbaren Transportmittel tragen die polnischen Schiffranten dazu bei, die Zahl der zu Befördernden zu verringern.

Warschau, 7. Juli. (W. B.) In der heutigen Sitzung des Sejm beschloß der Abg. Byst einen Dringlichkeitsantrag ein, der vorläufige Beschlüsse des Sejm möge an die Parlamente der verbündeten Mächte einen Aufruf ergehen lassen, um die Volksabstimmung hinauszuverschieben.

Badischer Landtag.

59. Öffentliche Sitzung.

Karlsruhe, 7. Juli.

Präsident Kopf eröffnete um 1/4 Uhr die Sitzung. Arbeitsminister Härdert beantragte eine kurze Ansprache des Abg. Karl (D. R.) und teilte mit, daß die Stadt Heidelberg sich noch nicht für die Schingerlinie entschieden habe.

Sämtliche Parteien des Landtages brachten hierauf folgenden Antrag ein: Der zur Prüfung und zur Vorbereitung von Beschlüssen über die Möglichkeiten und Wege zum Abbau der Amalgamwirtschaft eingesetzte Ausschuss soll sofort auf die Möglichkeiten und Wege zum Abbau der Amalgamwirtschaft, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft untersuchen.

Abg. Schöner (Str.) begründete den Antrag und erklärte, er sei bereits langjährig gewesen, als da und dort Kolonialmittel-untersuchen eintraten.

Der Abg. Dr. Glöckner (Dem.) und Habermehl (D. R.) sprachen sich ebenfalls für den Antrag aus, der darauf einstimmig angenommen wurde.

Abg. Raucha (Soz.) erklärte, für den Antrag zu stimmen. Seine Fraktion habe eingesehen, daß die Zwangsabstimmung sich nicht mehr aufrecht erhalten ließe.

Minister Härdert erklärte, die Rat der Reichentrat an und erklärte, bei der Fürsorge für die Reichentrat könne nicht schematisch verfahren werden.

In der Aussprache beteiligten sich die Abg. Maria Siebert (Str.), Marie Stenius (Dem.), Wehner (Soz.) und Habermehl (D. R.), Freudenberg (Dem.) und Spengler (Str.).

Abg. Dr. Glöckner (Dem.) berichtete über den Gesetzentwurf über die Grunderwerbssteuer.

Nach einem Berichte des Abg. Habermehl (D. R.) wurden die Rechnungen der Oberrechnungskammer für 1917-1918 für unbeauftragt erklärt.

Abg. Straub (Str.) begründete einen Antrag, wonach die Regelung ersucht werden soll, durch die Vermittlung des Justizministeriums alle seit 1914 bei bürgerlichen Gerichten oder Staatsanwaltschaften erwachsenen Akten dem Landtag vorzulegen.

Abg. Schön (Dem.) äußerte Bedenken rechtlicher und sachlicher Art gegen den Antrag.

Das Haus nahm den Antrag mit den Stimmen desentrums und der Sozialdemokraten an.

Karlsruhe, 7. Juli. Mit Rücksicht auf die Lage in der Landeshauptstadt wird der badische Landtag den für morgen geplanten Ausflug nach Schwetzingen und Mannheim nicht unternehmen.

Die Leuerungsuntzhen.

Karlsruhe, 7. Juli. (W. B.) Trotz Ermahnung der Arbeiterführer und der Polizeidirektion versuchte heute vormittag ein Trupp junger Burken neuerlich das Warenhaus von Geschwister Knapf zu plündern.

Berlin, 7. Juli. (Priv.-Tel.) Auf dem Potsdamer Wochenmarkt kam es zu einer regelrechten Schlägerei zwischen den Werberischen Bauern und den Käufern.

Königsberg i. Pr., 7. Juli. (W. B.) Auf dem altstädtischen Markt und auf dem Fischmarkt wurde heute früh eine Anzahl Verkaufsstände geplündert und die Verkäufer mißhandelt.

Der Abbau der Preise.

Karlsruhe, 7. Juli. Aus dem größten Teil der Gemeinden der Bodenseeregion, wie auch aus dem größten Teil von Ost- und Südwestpreußen, sind heute die Preise für eine Tonne bis 1,20 Mark abgefallen.

Berlin, 7. Juli. Eine Aussprache zwischen Vertretern der Regierung und der Reichsbank führte zu der Einigung, daß der Erzeugerpreis für ein Ei auf ein Mark, der Verkaufspreis für Milch auf 1,40 Mark, der Verkaufspreis für ein Pfund Fleisch Lebensmittelpreis auf 3.— bis 3,50 Mark festgesetzt wurde.

Karlsruhe, 7. Juli. Die für den höchsten Bezirk von den Organisationen des Bauernbundes und des landwirtschaftlichen Mittelstandes gebildete Lebensmittelausschuss beschloß den Preis für den 8 Pfund-Stein auf 2,30 Mark für 1 Pfund Fleisch auf 3,50 Mark und für Butter auf 1,50 Mark festzusetzen.

München, 8. Juli. (Priv.-Tel.) Der Abgeordnete des bayerischen Bauernbundes, Georg Wegmann, erklärte in den Wäutern seines Wahlkreises eine Erklärung, in der er sich verpflichtet, für den Abbau der Lebensmittelpreise einzutreten.

Letzte Meldungen.

Der Steuerabzug im besetzten Gebiet.

m. Köln, 8. Juli. (Priv.-Tel.) Der britische Kommissar der Interalliierten hohen Rheinlandskommission macht folgendes bekannt: An der Ausführung des Gesetzes über den 10 prozentigen Lohnabzug ist die Besatzungsbehörde nicht beteiligt.

Nachprüfung des türkischen Friedensvertrags. Spa, 7. Juli. (WB.) Der Oberste Rat trat heute vormittag 11 Uhr zur Prüfung der von der türkischen Delegation überreichten Note zusammen.

Berlin, 8. Juli. (Br.-Tel.) In dem Streit in Golya ist es zu einer Verschärfung gekommen, da auch die Elektroarbeiter streiken.

